

Für Organisierung mit revolutionärer Perspektive!

Nach Lektüre des [Berichts über die SoKo-Veranstaltung](#) mit Robert Schlosser¹, des [Kommentars von Richard](#)² zu meiner Kritik des Linkspartei-Grundsatzprogramm-Entwurfs und in Anbetracht der schon in einem früheren Text [von Robert Schlosser aufgeworfenen Frage](#), „Wie kann aus dem Kampf für soziale Reform eine sozialrevolutionäre Massenbewegung werden [...]?“, sowie der Erläuterung von [Wal Buchenberg](#) zu dem Bochumer Programm-Vorschlag, „Dieses Ziel [der Überwindung der Lohnförmigkeit der Arbeit, DGS] muss aber nicht von jedem geteilt werden, der sich dieses Aktionsprogramm und die (Übergangs)Forderungen zu eigen macht.“,

habe ich den Eindruck, daß es in unserer Diskussion eine relevante Tendenz gibt, der eine gradualistische (also einen revolutionären Bruch für vermeidbar und für zu vermeiden haltende) Übergangskonzeption vorschwebt, denen also schon so etwas wie eine Linkspartei, die etwas aktionistischer ist, oder so etwas wie eine Interventionistische Linke (IL), die etwas arbeiterInnenklassen-orientierter, programmatischer und verbindlicher organisiert ist, ausreicht.

Das wäre sicherlich beides etwas, was einen Fortschritt darstellen würde. Allerdings wäre das nichts, was für mich *wirklich reizvoll* wäre.

Was mir an dem [„Na endlich“-Papier](#) vom März besonders gefiel, waren Sätze wie sie sich auf S. 5 des Papiers häuften:

- Es gehe um ein organisatorisches Angebot, um eine Einheit, von möglichst Vielen aus dem „Spektrums subjektiver Revolutionär/inn/en“.
- „Viele GenossInnen haben für unseren Geschmack zu lange in Sozialforen gesessen, Teile auch der radikalen Linken sind saft-, kraft- und mutlos geworden. Auf endlosen Marxismus / Sozialismus / Kommunismus – Konferenzen wird mit jedem über alles debattiert, das Resultat ist immer dasselbe: Schön, dass wir mal drüber geredet haben. Wir hätten's jetzt gern mal etwas handfester, soll heißen ‚Raus aus dem Zirkelwesen‘ und ‚Kein Friede mit dem Kapitalismus‘. Dazu gehört Offenheit und Dialog / Kompromissbereitschaft, aber eben auch der Mut, die eigenen revolutionären Positionen wieder mit ein wenig mehr Selbstbewusstsein zu vertreten.“
- „Für uns gibt es [...] 5 unverhandelbare Punkte: 1. Konzept des revolutionären Bruchs“.

Meiner Überzeugung war der große Mangel der 1990er und 2000er Jahre, daß selbst das – ehemals linksradikale – autonome Spektrum nicht mehr wagte, das Wort „Revolution“ in den Mund zu nehmen. Ich schrieb Mitte der 1990 Jahre:

¹ „Die anschließende Diskussion war von großer Unsicherheit geprägt, ob denn die antikapitalistische Organisationsdebatte infolge des SIB-Papiers überhaupt geführt werden solle, indem ‚revolutionärer Bruch‘ als Essential festgeschrieben oder nicht besser darauf verzichtet wird.“

² „Ob eine Partei links von den Linken eine Existenzberechtigung hätte, entscheidet sich nur daran, wie sehr deren Mitglieder bereits sind, den richtigen Weg vorzuleben. Nicht der Wille zum Umsturz bringt den Erfolg, sondern der Wille von Gleichgesinnten im Hier und Jetzt das eigene Leben so zu gestalten, [...]“

zumindest mit dem Willen / der (wie ich meine: illusorische) Hoffnung verbunden, daß dieser Prozeß schließlich zum Bruch mit dem System führt.

Daß es Euch früher um einen Bruch mit dem System ging, sagt rückblickend jedenfalls auch die Interviewerin: "Die Trennungslinie zwischen reformistischem und revolutionären Kampf verläuft doch da, wo einzelne Mißstände nur als Auswüchse bekämpft werden oder wo sie als Symptom für tieferliegende Mißstände angesehen werden und deshalb nur wirkungsvoll bekämpft werden können, wenn es *gleichzeitig* auch immer um dieses Grundsätzliche geht; so haben wir's jedenfalls *damals* gesehen." (S. 37 - meine Hervorh.).

Heute wird diese Position unter den 20 Interviewten implizit nur von einem Mann (Dietrich, S. 252) und ausdrücklich nur von zwei Frauen vertreten: Von Catrin (S. 37) und von Johanna: "(...) was mich einschränkt, besteht nicht nur in einem Punkt, also: daß die Schule Scheiße ist, oder so: Sondern ich habe gemerkt, daß an dem Ganzen was nicht stimmt und daß deshalb auch das Ganze anders werden muß." (S. 214).

Bei allen anderen ist die Hoffnung (und damit anscheinend auch das Ziel selbst) weggefallen, daß die Summe von Freiräume einmal zum Bruch mit dem System führen wird. Besonders deutlich wird dieser Mechanismus im letzten Interview in dem Buch: "Die Gefahr, daß ich mich einrichte, ist schon sehr groß. Meine Befürchtung ist, daß sich die gesellschaftlichen Strukturen nicht grundlegend ändern lassen. Von daher kommt die Versuchung, sich in Nischen, in denen es erträglich ist, einzurichten." (Arnold, S. 262).

Statt als Mittel zum revolutionären Zweck wird der Kampf um Freiräume heute als Sisyphos (das war der mit dem Stein und dem Berg)-Arbeit beschrieben. Charakteristisch ist dafür die Position von Ulrike: Der Begriff Revolution hat für sie "nur noch in dem Sinne" Bedeutung, "Freiräume zu erkämpfen und sie eine Weile zu halten; dann nehmen die Herrschenden einem die sowieso wieder weg." (S. 83, s.a. 82). Noch zugespitzter formulieren es Bernd aus der Ex-DDR-Opposition und Conrad ebenfalls aus der Ex-DDR (Die Konrad Weiß und Werner Schulz der Autonomen?!): "Macht kaputt, was euch kaputt macht", das steht für mich nicht für das, was ich vertreten kann." (S. 157). "(...) die einzige Chance ist, (...) diesen Kapitalismus in unsere Weise zu modifizieren, statt ihn ganz umhauen zu wollen. (...) Das fände ich auch interessant -

Teil I:

Die Wende der Autonomen: Vom Gradualismus zum Reformismus

Wenn ich es richtig sehe, war Eure traditionelle Position, daß die Summe einer Vielzahl von Freiräumen schließlich zu einer qualitativ anderen Gesellschaft führt (Stichwort: "permanente Revolution" oder "permanente Revolte"). In den Autonomie-Thesen am Ende des Interview-Buches heißt es, auch in deren neuester Fassung von Anfang '94: "Das (Freiräume, d. Verf.) kann und darf aber nie unser alleiniges Ziel sein. Aber *je mehr* Freiräume wir gewinnen können, desto besser ist unsere Ausgangsbasis, um den Staat und das System zu stürzen." **Ich nenne diese Auffassung**, wie sie heutzutage (im Gegensatz zu deren früherer Orientierung auf die Machfrage) auch im RAF/Antiimp-Spektrum vertreten wird, **Gradualismus (von graduell = stufenweise, allmählich)**. Diese Freiraum-Orientierung war früher

Meines Erachtens wäre es aber auch nicht ausreichend, einfach zu der alten autonomen Konzeption eines ‚Gradualismus mit revolutionärem Anspruch‘ – also zu der Vorstellung, durch die sukzessive Ausweitung von autonomen Freiräumen lasse sich schließlich eine qualitative Gesellschaftsveränderung erreichen – zurückzukehren.

Ab dem Moment, wo linksparteilich-parlamentarische Reformen³ oder autonome Freiräume wirklich anfangen relevant zu werden, wird unweigerlich auch die Machtfrage auf den Tisch kommen.

Wie bereits in meinem [„10 Punkte“-Papier](#) [Abschnitt 7.f)] von Ende Mai gesagt, stimme ich diesbzgl. weitgehend der Gruppe Revolutionäre Perspektive Berlin zu, die in ihrem [Selbstverständnispapier](#) schreibt:

„Der Kapitalismus ist in der Krise, sein Subjekt – die kapitalistische Klasse – ist es jedoch noch lange nicht, sie ist hervorragend auf allen Ebenen organisiert, vor allem auf der polizeilichen und der militärischen. Dem Verfall ihrer Legitimität werden eine umfassende und differenzierte Propagandaindustrie und ein umfangreiches Gerüst aus Überwachung, Kontrolle und Repression entgegengesetzt. [...]. Wir kämpfen für eine revolutionäre Veränderung des gegenwärtigen ökonomischen und politischen Systems mit der Perspektive eine kommunistische Gesellschaft zu schaffen. Die Grundlagen der marxistischen Theorie wie: [...], die revolutionäre Umwälzung der bestehenden Gesellschaftsordnung [...] sowie die Anerkennung der Notwendigkeit revolutionärer Gewalt sind verbindliche theoretische Grundsätze der Organisation und müssen sich in unserer Praxis widerspiegeln.“

Ebenfalls weitgehend zutreffend ist m.E. das Argument, das Meinhard Creydt in seinem [Papier „Probleme nichtsubalterner Basispolitik“ von 1999](#) vorbrachte, das trend-online [in den Kontext der jetzigen Debatte stellte](#):

„Das vierte Problem betrifft den Reformgradualismus nach der Seite der Veränderung zentraler Strukturen: Werden lukrative Schlüsselindustrien vergesellschaftet oder schon große Vermögen härter besteuert, so reagiert das Kapital. Auf Kapitalflucht, Massenentlassungen und Investitionsstopp hin wird es wiederum notwendig, das Profitprinzip für einen weit größeren Bereich außer Kraft zu setzen als ursprünglich beabsichtigt. ‚Der Gradualismus verunmöglicht sich also selbst: Auf Grund der mit Sicherheit einzukalkulierenden ökonomischen Reaktionen des Kapitals auf die ersten Schritte müssen die zweiten, dritten etc. Schritte gleichzeitig mit oder nach dem ersten Schritt erfolgen, soll

³ „Genauer gesagt wäre im Falle der Linkspartei (und in Bezug auf frühere von – den damals noch existierenden ökosozialistischen und radikalökologischen Flügeln der Grünen geprägten – Grünen-Parteiprogrammen) von einem beständigen Schwanken zwischen Reformismus und Gradualismus zu sprechen – einem Reformismus, der die kapitalistische Produktionsweise (im marxistischen Sinne) nicht in Frage stellt (wenn auch im losen Sinne vielleicht von ‚Antikapitalismus‘ spricht), sich aber weitgehende Hoffnungen macht, welche schönen Veränderungen denn alle mit der kapitalistischen Produktionsweise vereinbar sein könnten, und einem Gradualismus, der sehr wohl auch die kapitalistische Produktionsweise überwinden will und die Hoffnung hat, daß dies durch die Anhäufung einer Vielzahl von graduellen Veränderungen gelingt kann.

Der vorliegende Grundsatzprogramm-Entwurf geht nur scheinbar noch einen Schritt weiter, indem er – wie in FN 1 zitiert – von ‚Brüchen und Umwälzungen mit revolutionärer Tiefe‘ spricht, aber auf das ‚bessere Argument‘ (Z. 2640) als Haupt-‚Durchsetzungs‘mittel setzt und damit das vorauszusehende Problem des handgreiflichen Beharrungsinteresses der Herrschenden und das heißt: die Machtfrage ignoriert.“ (http://www.lafontaines-linke.de/wp-content/uploads/2011/10/Reformistischer_Voluntarismus.doc, S. 13, FN 2a)

der erste Schritt nicht wirkungslos bleiben. Analoges gilt für die politische Ebene' (Heimann, Zeuner [...]). Natürlich ist das Zukunftsmusik – die Ratlosigkeit über die mangelnde theoretische Bewältigung dieses Problems ist aber für viele ein Grund für Enthaltsamkeit gegenüber linker Politik. Das Problem des Reformgradualismus stellt sich auch bereits in viel weniger zugespitzten Situationen“.

All dies spricht zwar nicht dagegen, hier und heute für Reformen zu kämpfen. Dies ist zweifelsohne notwendig. Aber im Unterschied zu Robert Schlosser, der versuchen will, „aus dem Kampf für soziale Reform eine sozialrevolutionäre Massenbewegung“ zu machen, bin ich der Ansicht, daß eine revolutionäre Entwicklung überhaupt nur zustande kommen kann, wenn die revolutionäre Perspektive auch bereits in nicht-revolutionären Zeiten thematisiert wird:

„Darin besteht eben der Unterschied zwischen den Sozialisten und den Kommunisten, daß die Sozialisten es ablehnen, so wie wir es *in jeder Situation* tun, nämlich revolutionäre Arbeit zu leisten.“

LW 31, 239 ([engl.](#)) – meine Hv.

„Natürlich schließen Reformen die Revolution nicht aus. Aber nicht darum geht es jetzt, sondern darum, daß die Revolutionäre den Reformisten gegenüber *sich selbst* nicht aufgeben dürfen, d.h., daß die Sozialisten ihre revolutionäre Arbeit *nicht* durch reformistische *ersetzen* dürfen.“

LW 23, 197 ([engl.](#)) – meine Hv.

und, wenn jederzeit klar und deutlich zwischen Reformen und Revolution *unterschieden* wird,

„Die Sozialisten [scil.: KommunistInnen] verzichten keineswegs auf den Kampf für die Durchführung von Reformen. [...]. Es ist aber ein bloßer bürgerlicher Betrug, wenn man Reformen predigt für Fragen, die die Geschichte und die ganze politische Situation nur als durch die Revolution zu lösende stempelt.“

http://www.mlwerke.de/le/le22/le22_172.htm

„Gelingt die vollständige Vernichtung [der alten Macht] nicht, dann wird das Proletariat auch eine teilweise auszunutzen wissen. Aber niemals wird das Proletariat eine teilweise Vernichtung propagieren, sie beschönigen und das Volk zu ihrer Unterschätzung aufrufen.“

LW 11, 16 ([engl.](#))

und dieser Unterschied nicht unter Namen wie „Transformation“ oder „Übergangsforderungen“ verwischt wird⁴.

⁴ Vgl. meine diesbzgl. Kritik: <http://theoriealspraxis.blogspot.de/2010/05/11/verschiedene-geschmaecker/>, Abschnitt

Die expliziten Stellungnahmen von Robert Schlosser zum Konzept des revolutionären Bruchs sind allerdings zweideutig:

- Einerseits schreibt er: „Die ‚Oktoberrevolution‘ war die perfekte Vollendung eines ‚Konzeptes des revolutionären Bruchs‘.“ ([Quelle](#)) – und danach kritisiert er die leninische Konzeption, die zur Oktoberrevolution führte, womit dann also das *perfekte Konzept des revolutionären Bruch* verworfen zu sein scheint.
- Andererseits heißt es aber: „Ein neues ‚Konzept des revolutionären Bruchs‘ kann aus meiner Sicht überhaupt nur durch ebenso kritische wie würdigende Überwindung des Konzepts des Bolschewiki erarbeitet und zur Erfolg versprechenden Grundlage einer neuen antikapitalistischen Organisation werden.“, womit also zumindest die Möglichkeit eines post- oder nicht-leninistischen Konzeptes des revolutionären Bruchs zugestanden zu sein scheint.

Inwiefern sich eine solche nicht- oder post-leninistische Konzeption des revolutionären Bruchs von hier kritisierten gradualistischen Konzeptionen unterscheidet, scheint allerdings bisher nicht erarbeitet zu sein. Ich schließe mich daher [Frank Braun](#) an, der eine „Erwartungshaltung“ hinsichtlich dessen, „was zur Ergänzung einer kommunistischen Strategie und auch taktisch alles sonst noch so getan werden müßte“, artikuliert. Dies kann freilich keine Erwartungshaltung an einzelne sein, sondern ist sicherlich als Vorschlag an uns alle für die Weiterführung der Debatte gemeint. Ich möchte mich einem solchen Vorschlag zur Weiterarbeit am Konzept einer nicht-illusionären Übergangstrategie, die also die Machtfrage nicht aus dem Auge verliert, anschließen.

Eine Frage, die dabei zu diskutieren wäre, wäre m.E. was die Machtfrage in Bezug auf das Geschlechterverhältnis bedeutet. Einerseits sind Frauen zwar mit Vergewaltigungen und Vergewaltigungsgefahr als alltäglicher Realität konfrontiert. Aber feministische Politik stieß bisher noch nicht auf Schwierigkeiten, wie sie die Allende-Regierung 1972 in Chile (Militärputsch), die Volksfrontregierung 1936 in Spanien (Militärputsch mit anschließendem BürgerInnenkrieg) und die PS/KPF-Regierung in den 1980er Jahren in Frankreich (Kapitalflucht) erlebten.

Meine Vermutung ist, daß dies u.a. daran liegt, daß feministische Politik bisher vor allem auf den Linien der juristischen Gleichberechtigung und teilweiser Ausweitung von Frauenerwerbstätigkeit sowie Modernisierung und Flexibilisierung von (kulturellen) Geschlechternormen erfolgreich war. Erst in letzter Zeit sind Feministinnen in einer zunehmenden Anzahl von Ländern mit einem Phänomen konfrontiert, das die ArbeiterInnenbewegung von Beginn an kennt: nämlich, daß juristische Freiheit und Gleichheit mit faktischer Herrschaft und Ausbeutung harmonisiert. Wie unser heutiges (post)modernes Patriarchat effektiv bekämpft werden kann und mit welchem Widerstand von Männern zu rechnen ist und wie dieser effektiv gebrochen werden kann, scheint mir unter Feministinnen bisher kaum diskutiert zu sein. (Vielleicht sind mir aber auch wichtige Debatten entgangen.)

„Oder nicht marxistisch?“

Monique Wittig antizipierte diese heute dringliche Frage allerdings bereits in den 1980er Jahren mit einem doppelten Vorschlag:

1. einer Analogie zum Marxismus und dem Klassenkampf:

„the category ‚woman‘ as well as the category ‚man‘ are political and economic categories not eternal ones. Our fight aims to suppress men as a class, not through a genocidal, but a political struggle. Once the class ‚men‘ disappears, ‚women‘ as a class will disappear as well, for there are no slaves without masters.“

und

2. einer nicht-biologischen Definition von Frauen und Männern („are ... not eternal ones“ = „sind keine ewigen“ / „keine omnihistorischen“) sowie Lesben:

„Lesbian is the only concept I know of which is beyond the categories of sex (woman and man), because the designated subject (lesbian) is not a woman, either economically, or politically, or ideologically. For what makes a woman is a specific social relation to a man, a relation that we have previously called servitude, a relation which implies personal and physical obligation as well as economic obligation („forced residence,‘ domestic corvee, conjugal duties, unlimited production of children, etc.), a relation which lesbians escape by refusing to become or to stay heterosexual.“